

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

Menschen für Tierrechte / 8. Februar 2021

1. Wie denken Sie (Planen Sie) aufgrund der schlimmen Tiermisshandlungen in Schlachthöfen des Landes über die Installation von Kameras in Schlachthöfen?

Es gibt mehrere Gründe für die unhaltbaren Zustände in einigen Schlachthöfen. Einer davon ist Personalmangel und falsche Art der Kontrolle durch die Veterinäre; ein anderer ist, dass der Fokus der bisherigen Kontrollen vor allem auf Hygiene und Fleischbeschau lag. Im Bereich der Betäubung und Tötung der Tiere ist der Tierschutz sehr stark berührt – und da wurde viel zu wenig hingesehen.

Zudem gibt es für die dort genutzten Geräte offenbar keine Zulassungsvoraussetzungen und Zertifizierungen. Die Installation von Kameras in diesem Bereich kann eine von mehreren Maßnahmen sein, jedoch müsste ja auch jemand die Aufnahmen auswerten.

2. Planen Sie, häufigere Kontrollen und mehr unabhängiges Personal bei den Veterinärämtern einzusetzen?

Es ist deutlich mehr Personal in den Veterinärämtern nötig als bisher (ca. eine Person pro Schlachthof) – und wir prüfen, inwieweit es sinnvoll wäre, die Kontrollen (wieder) durch Beamte einer Landesbehörde durchführen zu lassen, um die Unabhängigkeit zu stärken. Insbesondere die Tierversorgung bei Anlieferung, die Zuführung und die Betäubung und Tötung muss deutlich besser überwacht werden. Bisher geschah dies offenbar nur sporadisch oder viel zu lasch.

3. Die Kastration von Ferkeln mit Isofluran soll von Landwirten nach einer kurzen Schulung selbst durchgeführt werden. Wäre es nicht besser, diese würde von Veterinären durchgeführt? Wie planen Sie die Kontrollen, ob eine Betäubung bei der Kastration eingesetzt wird?

Insgesamt sind deutlich mehr – und vor allem auch häufigere – Kontrollen in den tierhaltenden Betrieben erforderlich, wenn man immer neuen Skandalen in der Nutztierhaltung vorbeugen will. Eine Tierarztspflicht bei der Betäubung und Kastration kann schnell auf Kapazitätsgrenzen bei den Tierärzten stoßen. Wichtig ist aber eine gute Schulung nebst Sachkundenachweis der Tierhalter, die auch regelmäßig aufgefrischt werden müsste.

4. Im Hinblick auf die desaströsen Folgen des nach wie vor hohen Fleischkonsums auf das Tierwohl, das Klima, die Umwelt und die Welternährungslage fordert der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik (WBA) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Strategie, die den Fleischkonsum senkt. Auch ist die Massentierhaltung ein Bruchherd für neue Pandemien. Die Harvard University veröffentlichte bereits 2018 eine Studie, in welcher als Ergebnis festgestellt wurde, dass nichts so sehr den Klimawandel bekämpfen kann wie der Umstieg auf eine pflanzliche Ernährung. Unterstützt Ihre Partei die Forderung einer konkreten Strategie zur Senkung des Fleischkonsums und eine Förderung des Veganismus?

4.1 Plant Ihre Partei Maßnahmen, um die Fleischproduktion und den Fleischkonsum in Baden-Württemberg zu senken (zum Beispiel durch Öffentlichkeitsarbeit, Aufnahme der veganen Ernährungsweise in Schul- und Universitätsmensen, öffentlichen Einrichtungen und den Ernährungsbildungsplan, Förderung des Anbaus von Eiweiß liefernden Pflanzen) und den Veganismus zu fördern?

DAS WICHTIGE JETZT



Direkte Kampagnen mit dem Inhalt, weniger Fleisch zu essen, lehnen wir ab. Wir wollen aber im Rahmen der allgemeinen Ernährungskampagnen und Ernährungsberatung auf eine allgemein fleischärmere Ernährung hinwirken. Eine solche hat viele positive Folgen für die Gesundheit wie auch für den Klimaschutz und die Umwelt.

4.2 Verfolgt Ihre Partei Maßnahmen, um die Pflanzenproduktion im Land zu erhöhen? Erscheint eine Förderung der bioveganen Landwirtschaft möglich?

Wir wollen den Biologischen Landbau deutlich stärken und ausbauen. Daneben halten wir es für sehr wichtig, auch im konventionellen Landbau mehr umweltschonende Methoden durchzusetzen (zum Beispiel pestizidfreier Getreideanbau) und mehr Tierwohl in der Nutztierhaltung zu erreichen. Eine biovegane Landwirtschaft würde von einer solchen Förderpolitik automatisch profitieren.

5. Wie stehen Sie zur Förderung und Unterstützung von Lebenshöfen, die sich um „ausgediente“ Tiere aus der „Nutztier“-Haltung kümmern?

Das hängt einerseits vom konkreten Konzept solcher Höfe ab, zum anderen aber wäre ein solcher Hof im Prinzip so etwas wie ein Tierheim, deren Förderung in die kommunale Hoheit fällt.

6. Das JWMG muss deutlich mehr an die Forderungen des Tierschutzes angepasst werden. So müsste eine Kürzung der Liste der jagdbaren Arten (Nutzungs- und Entwicklungsmanagement) und das ausnahmslose Verbot tierschutzwidriger Jagdmethoden (zum Beispiel Baujagd am Kunstbau) dringend verfolgt werden. Welches Vorgehen plant Ihre Partei?

Wir wollen eine grundlegende Evaluation des JWMG in der nächsten Legislaturperiode. In dieser soll geprüft werden, inwieweit die Jagdmethoden und -vorgaben seit der Novelle von 2015 anwendbar waren und wie sie sich ausgewirkt haben. Dabei spielen auch Tierschutzaspekte eine Rolle; auch die Fuchsjagd insgesamt.

7. Im Mai 2015 hat Baden-Württemberg das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen (TierSchMVG) eingeführt. Das TierSchMVG verpflichtet die anerkannten Vereine zur Einrichtung eines Gemeinsamen Büros, wodurch die Arbeitsabläufe insbesondere für die Behörden reduziert werden. Allerdings tragen die anerkannten Vereine die Kosten des Gemeinsamen Büros. Wird Ihre Partei eine finanzielle Unterstützung des Gemeinsamen Büros durch das Land Baden-Württemberg befürworten und verfolgen?

Dieses Verbandsklagerecht wurde maßgeblich auf Wunsch der SPD eingerichtet. Wir halten es jedoch für angemessen, dass die Organisationen, die das Büro gemeinsam tragen, dieses grundsätzlich auch finanzieren. Eine Bezuschussung dieser Kosten wollen wir jedoch prüfen.

8. Baden-Württemberg hat erfreulicherweise ein neues Gesetz verabschiedet, das die tierfreie Lehre an Hochschulen verpflichtend macht, wenn Alternativmethoden zu Tierversuchen vorliegen. Wie planen Sie, die Einhaltung dieser Vorgabe zu überprüfen/kontrollieren?

Angesichts der öffentlichen Bekanntheit dieser Vorschrift halten wir es für weitgehend klar, dass dieses in unseren Hochschulen dann auch so praktiziert wird, da dort ja immer viele Menschen in die Lehre involviert sind. Darüber hinaus muss es stichprobenartige Prüfungen durch die Regierungspräsidien geben.

9. Die EU-Tierversuchsrichtlinie fordert als „letztendliches Ziel“, Verfahren mit lebenden Tieren für wissenschaftliche Zwecke und Bildungszwecke vollständig durch die Anwendung tierversuchsfreier Verfahren zu beenden. Es bedarf dringend einer Gesamtstrategie für den vollständigen Ausstieg aus dem Tierversuch.

DAS WICHTIGE JETZT



9.1 Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um in Baden-Württemberg die Tierversuchszahlen deutlich zu vermindern (zum Beispiel durch Aufstockung der Fördermittel für die Entwicklung tierversuchs- und tierfreier Verfahren, tierversuchs- und tierverbrauchsfreie Studiengänge in den Lebenswissenschaften, Finanzierung weiterer Lehrstühle/Professuren für tierversuchsfreie Methoden)?

In diesem Bereich wurden die Fördermittel und die Forschungsanstrengungen in den vergangenen Jahren bereits deutlich aufgestockt. Zugleich ist auch festzustellen, dass diese Forschung nach und nach auch erfolgreich ist und immer mehr Tierversuche ersetzt werden können. Wir glauben jedoch nicht, dass eine vollständige Ersetzung von Tierversuchen durch alternative Methoden in absehbarer Zeit erreicht wird. Nicht zuletzt die Entwicklung von Impfstoffen gegen Covid-19 hat gezeigt, dass Tierversuche noch immer erforderlich sind.

9.2 Werden Sie sich auf Bundesebene für mehr Tierschutz in der Tierschutzversuchstierverordnung einsetzen? EU-rechtlich ist es zulässig, absolute Verbote für Versuche an Menschenaffen, für schwer belastende Tierversuche und für die Ausweitung der Affenversuche anzuordnen. Ebenso ist es rechtlich zulässig, eine rückblickende Bewertung aller Tierversuche vorzuschreiben.

Wir halten es für richtig, Erlaubnisse zu derartigen Versuchen sehr restriktiv anzuwenden. Insbesondere an Affen müssen sie auf ein unabdingbares Minimum beschränkt sein.

10. Seit Beginn der Pandemie ist zu beobachten, dass sich das SARS-CoV-2 Virus, welches beim Menschen COVID-19 verursacht, immer weiter auf europäischen Nerzfarmen verbreitet, unabhängig davon, ob strenge Sicherheitsmaßnahmen auf den Farmen ergriffen werden oder nicht. Neben diesem Risiko ist Pelz ein Produkt, welches extremes Tierleid bedeutet. Werden Sie sich auf Bundesebene für ein generelles Handelsverbot von Pelz stark machen?

Wir wollen die Pelztierzucht verbieten.

11. Werden Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Wildtierverbot in Zirkussen auf alle Wildtiere ausgedehnt wird – nicht nur für manche Wildtiere, wie Frau Klöckner es vorschlägt.

Wir halten es für richtig, Zirkussen die Haltung von Wildtieren viel genauer vorzuschreiben – mittels einer Negativliste. Daneben sollen nur Tiere dort gehalten werden dürfen, bei denen dies keine Probleme für das Tierwohl bedeutet. Dabei muss es genaue Vorschriften zur Haltung dieser Tierarten geben.

12. Halten Sie Zoos noch für zeitgemäß? Die Tiere leben in einem künstlichen Lebensraum, der meistens den tatsächlichen Bedürfnissen der Tiere nicht entspricht. Hinzu kommen die Tötung und dubiose Verkäufe von „überflüssigen“ Tieren. Viel besser können Tiere in Dokumentationen beobachtet werden und in ihren tatsächlichen Lebensräumen erleben und dabei Verständnis dafür erwecken, dass diese Lebensräume erhalten werden müssen.

Die zoologischen Gärten sind heute sehr wichtige Refugien für viele Wildtierarten – und sie tragen dazu bei, gefährdete Arten zu erhalten und für die Wiederauswilderung vorzubereiten. Zudem sind sie auch heute ein wichtiger Bestandteil der Volksbildung; gerade auch unter dem Aspekt von Umwelt- und Klimaschutz sowie Tierschutz.

13. Möchten Sie die Unterstützung von Tierheimen bzw. Tierschutzvereinen ausbauen, die sich beispielsweise um die Kastration von Katzen oder auch die Versorgung von in Not geratenen Wildtieren kümmern?

DAS WICHTIGE JETZT



Da die Kastration von Katzen trotz Fördermitteln durch die Kommunen nicht in ausreichendem Maße durchgeführt wird, halten wir eine solche Förderung für sinnvoll; auch hinsichtlich der anderen Aufgaben wie zum Beispiel die Versorgung von in Not geratenen Wildtieren.

14. Plant Ihre Partei, Fördergelder für tiergerechte Stadtaubenkonzepte bereitzustellen?

Wir halten es für sinnvoll, die Verhinderung zu großer Taubenbestände in unseren Städten tier- schutzgerecht durchzuführen. Das sollte auch vom Land gefördert werden.

15. Die Landesregierungen wurden vom Bund ermächtigt, Maßnahmen zum Schutz von Katzen zu erlassen (Tierschutzgesetz, § 13b). Baden-Württemberg übertrug jedoch diese Ermächtigung wiederum auf die Kommunen. Ob die Kommunen nun Maßnahmen im Sinne einer Katzen- schutzverordnung (und damit einer Regelung von Kastrationen) ergreifen oder nicht, liegt mo- mentan in deren Hand. Ob/warum diskutieren Parteien nicht auch über Lösungen auf Landes- ebene, anstatt diese Aufgabe an Kommunen abzugeben? Wird Ihre Partei sich für dieses Thema einsetzen?

Es wurde auf die Kommunen übertragen, weil das Land über keinerlei Einrichtungen oder Be- hörden verfügt, die die Umsetzung gewährleisten können. Das halten wir für richtig – jedoch muss darauf hingewirkt werden, dass die kommunale Ebene dieser Aufgabe auch consequen- ter nachkommt, was bislang nicht der Fall ist.

16. Was halten Sie vom privaten und kommerziellen Handel mit Tieren über Internetplattfor- men und Printmedien? Sind Sie dafür, diesen gesetzlich zu unterbinden?

Wir wollen insgesamt den Handel mit exotischen Tieren deutlich restriktiver regeln. Das gilt auch für die Haltung von Exoten. Dies ist artenschutzrechtlich wie auch tierschutzrechtlich ge- boten. Der Handel mit anderen Haustieren (wie Katzen, Hunden, etc.) muss die Möglichkeit ha- ben, auch über Printmedien und das Internet Informationen zu vermitteln. Es muss aber deut- lich mehr und strenger geprüft werden, ob die Händler und Züchter auch alle tierschutzrechtli- chen Auflagen erfüllen. Noch wichtiger ist es aber, den internationalen Handel mit zum Bei- spiel Hundewelpen viel stärker zu kontrollieren und möglichst komplett zu verbieten.